

Beteiligung der Behörden an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen (X)

A. Allgemeine Angaben

Stadt

Lübbenau/Spreewald

- ☐ Flächennutzungsplan
- ☐ **Bebauungsplan** **Nr. 08/3/94** **„Hauptwerkstätten Kittlitz“ 3. Änderung**
- ☐ Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB
- ☐ vorhabenbezogener Bebauungsplan
- ☐ sonstige Satzung

Fristablauf für die Stellungnahme am:

12.07.2024

B. Stellungnahme der Behörde

Bezeichnung der Behörde

Landkreis Oberspreewald-Lausitz

Absender: Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Der Landrat
PF 100064
01956 Senftenberg

Datum: 11.07.2024
Telefon: 0 35 41 – 8 70 52 26
Fax: 0 35 41 – 8 70 34 10
Bearbeiterin: Frau Bauer
GZ: 25/24
<http://www.osl-online.de>
E-Mail: kreisplanung@osl-online.de

Folgende Dezernate bzw. Ämter wurden zum o. g. Vorhaben beteiligt:

Dezernat I, Bildung, Finanzen und innere Verwaltung

- Bau- und Hauptamt SG Bau und Unterhaltung

Dezernat II, Gesundheit, Jugend und Soziales

- Gesundheitsamt

Dezernat III, Bau, Ordnung und Umwelt

- Amt für Straßenverkehr und Ordnung SG Verkehrswesen
untere Jagdbehörde
SG Rettungsdienst, Brand- u. Katastrophenschutz,
ZV
- Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft
SG Landwirtschaft
- Amt für Bauaufsicht und Denkmalschutz SG technische Bauaufsicht/Denkmalschutz
SG rechtliche Bauaufsicht/Kreisplanung
- Amt für Umwelt untere Wasserbehörde
untere Naturschutzbehörde
untere Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde

() keine Einwände

() Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (Einwendungen, Rechtsgrundlagen u. Möglichkeiten der Überwindung):

Artenschutz:

Zauneidechsen

Gemäß den Angaben des Artenschutzfachbeitrags (S. 12) wurden im Plangebiet insgesamt 7 Zauneidechsen erfasst. Als Vermeidungsmaßnahme wird die Umzäunung des Baufeldes, die Installation von Fluchteimern und die gezielte Vergrämung der Tiere durch die Entfernung der Vegetation vorgeschlagen.

Zauneidechsen verfügen nur über einen sehr geringen Aktionsradius von etwa 40 m (BLANKE & VÖLKL 2015). Mit einer flächenhaften Ausdehnung des Zauneidechsenhabitates von ca. 180 m (NW-SO) und ca. 165 m (NO-SW), besteht die Gefahr, dass Zauneidechsen, die sich im zentralen Teil der Fläche aufhalten, nicht bis zum Zaun wandern und bei Baubeginn verletzt oder getötet werden können. Man kann an dieser Stelle nicht davon ausgehen, dass sich die Tiere quasi selbst umsiedeln. Das Eintreten der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) kann nur verhindert werden, wenn die Tiere vor Baubeginn von fachlich geeigneten Personen im Rahmen einer ökologischen Baubegleitung aktiv von den Flächen abgefangen und in die dafür vorgesehenen Ersatzhabitate der ACEF2-Maßnahme umgesiedelt werden. Eine Flächenfreigabe erfolgt dann nach Einschätzung der ÖBB.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen:

Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen sind nicht im Umweltbericht aufgeführt. Gemäß Anlage 1 Nr. 2. c) BauGB erfolgt im Umweltbericht „eine Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen festgestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen, sowie gegebenenfalls geplante Überwachungsmaßnahmen. In dieser Beschreibung ist zu erläutern, inwieweit erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt vermieden, verhindert, verringert oder ausgeglichen werden, wobei sowohl die Bauphase als auch die

Betriebsphase abzudecken ist;“. Im Umweltbericht wird lediglich auf den separaten AFB verwiesen, der nicht Teil des Umweltberichtes ist. Die Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen sind dem Umweltbericht hinzuzufügen.

Die Standorte der Ausgleichsmaßnahmen sind auf der Planzeichnung eindeutig festzulegen. Die unter Punkt III Grünordnerische Festsetzungen Nr. 2.1 angegebenen Strukturelemente sind genauer auszuführen. Es fehlen grundlegende Angaben zum Ort der Maßnahmen und zur Anzahl der Strukturelemente. Die Unterlagen sind entsprechend zu überarbeiten.

Gehölzschutz

Die Gehölze innerhalb des Plangebietes unterliegen den Regelungen der Verordnung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zum Schutz von Bäumen und Hecken (GehölzSchVO LK OSL). Gemäß § 4 GehölzSchVO LK OSL ist es verboten, geschützte Landschaftsbestandteile zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder in ihrem Aufbau wesentlich zu verändern. Von diesen Verboten können Ausnahmen zugelassen werden (§ 6 GehölzSchVO LK OSL). Um die Vereinbarkeit der Satzung mit den Regelungen der GehölzSchVO LK OSL herzustellen, wird die Erteilung einer Ausnahme zur Durchführung von Eingriffen in geschützte Gehölze für den Fall eines Einzelantrages im Rahmen des behördlichen Zulassungsverfahrens zur Errichtung baulicher Anlagen auf den überbaubaren Flächen zugesichert.

Dies gilt nicht für Wald i.S. des § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG).

Sofern im Zuge konkreter Bauvorhaben die Beseitigung von Bewuchs erforderlich ist, sind die dafür möglichen Schutzzeiträume gemäß § 39 Abs. 5 S. 1 Nr. 2 BNatSchG (Fällung nur vom 1. Oktober bis 28. Februar zulässig) einzuhalten. Bei Unvermeidbarkeit ist eine Befreiung vom Beseitigungsverbot bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zu beantragen.

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

SG Bau und Unterhaltung

Die anliegende Kreisstraße K6636 ist von dem Vorhaben nicht direkt betroffen.

Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt hat zu o.g. Bauvorhaben derzeit keine grundsätzlichen Einwände.

Aus Gründen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes sollten zur Wahrung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse in der benachbarten Wohnbebauung die schalltechnischen Grenzwerte tags- und nachtsüber eingehalten werden. Um die zu erwartende Belastung durch Lärm der Gewerbegebiete einschätzen zu können, sollte ein schalltechnisches Gutachten erarbeitet werden.

Hier sollte insbesondere die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt in Bezug auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse Beachtung finden.

Grundsätzlich ist auf die Einhaltung der Vorschriften zu achten, die dem Gesundheitsschutz dienen und Siedlungsstrukturen nicht beeinträchtigen.

SG Verkehrswesen

Zu der Planung bestehen aus verkehrsrechtlicher Sicht gemäß § 45 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) grundsätzlich keine Hinweise.

untere Jagd- u. Fischereibehörde

keine Hinweise

SG Rettungsdienst, Brand- u. Katastrophenschutz, ZV

Die Feuerwehruzufahrt, Feuerwehrumfahrungen und Feuerwehraufstellflächen sind an die Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr vor Baubeginn herzurichten und entsprechend nach DIN 4066 zu beschildern.

SG Landwirtschaft

Aus Sicht des Sachgebietes bestehen zum o. g. Vorhaben keine Hinweise.

SG technische Bauaufsicht/Denkmalschutz

technische Bauaufsicht:

Gegen die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 08/3/94 „Hauptwerkstätten Kittlitz“ bestehen aus Sicht der unteren Bauaufsichtsbehörde keine Bedenken, wenn die Erschließung gesichert ist und die Anforderungen des § 3 BbgBO eingehalten werden.

Gem. § 3 BbgBO sind Anlagen so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet werden; dabei sind die Grundanforderungen an Bauwerke gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die Beseitigung von Anlagen und bei der Änderung ihrer Nutzung.

untere Denkmalschutzbehörde:

Auf der Grundlage des "Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg" (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz -BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Teil I Nr. 9, S. 215 ff.), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes am 28.06.2023, und für eine positive Bewertung des Vorhabens und einer späteren Genehmigungsfähigkeit bestehen aus denkmalfachlicher Sicht nachfolgende Rahmenbedingungen, welche somit in geeignete Festsetzungen umgewandelt werden müssen.

Baudenkmalpflege:

Aus baudenkmalpflegerischer Sicht gibt es keine Bedenken und Hinweise.

Bodendenkmalpflege:

Der Bereich Kittlitz, Flur 1, Flurstück 199 befindet sich in der Nähe des bereits bekannten

Bodendenkmals „Kittlitz, Bronzezeitliche und slawische Siedlung, Fpl. 4“ – Bodendenkmal-Nr. 80472.

Da die gesamte Bebauung der Hauptwerkstätten Kittlitz ohne archäologische Betreuung erfolgte, sind aufgrund der topographischen Situation weitere bisher unbekannte Bodendenkmale zu vermuten.

Schachtungen müssen daher kontrolliert werden.

Bodendenkmale sind gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 4 BbgDSchG bewegliche und unbewegliche Sachen, insbesondere Reste und Spuren von Gegenständen, Bauten und sonstigen Zeugnissen menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens, die sich im Boden oder in Gewässern befinden oder befanden.

Die bodendenkmalpflegerische Kontrolle der Erdarbeiten sowie die archäologische Dokumentation angetroffener Bodendenkmale ist in organisatorischer und finanzieller Verantwortung vom Veranlasser der Maßnahme durchzuführen (§ 9 Abs. 3 BbgDSchG).

Eine denkmalrechtliche Erlaubnis der unteren Denkmalschutzbehörde (uDB) ist im jeweiligen Genehmigungsverfahren (denkmalrechtliche Erlaubnis gem. § 9 Abs. 1 Nr. 5 BbgDSchG bzw. denkmalrechtliche Erlaubnis i. R. eines erforderlichen Baugenehmigungsverfahrens gem. § 9 Abs. 1 BbgDSchG i. V. m. § 20 Abs. 1 BbgDSchG) erforderlich.

Sollten Sie Rückfragen zur Stellungnahme haben, steht Ihnen Frau Klatte unter Tel.: 03541 / 870-1532 bzw. per Mail: kerstin-klatte@osl-online.de gern zur Verfügung.

Im Planungs- und Genehmigungsverfahren sind die Träger öffentlicher Belange

- das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4, 15806 Zossen, OT Wünsdorf und
- das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Außenstelle Cottbus, Schillerstraße 9, 03046 Cottbus

zu beteiligen, um rechtzeitig auf denkmalpflegerische Belange reagieren zu können.

SG rechtliche Bauaufsicht/Kreisplanung

Die Bekanntmachungen und Auslegungen sind nach § 3 Abs. 2 BauGB auch im Internet durchzuführen und in den Verfahrensvermerken sowie der Verfahrensakte mit zu dokumentieren.

Der Hinweis auf die weitere Gültigkeit der unveränderten Festsetzungen aus dem rechtswirksamen BPL sollte mehr hervorgehoben werden.

untere Wasserbehörde

keine Hinweise

untere Naturschutzbehörde

Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Bei der Aufstellung einer städtebaulichen Satzung sind gemäß § 1 Abs. 5 Satz 2, Abs. 6 Nr. 7 und § 1 a BauGB in Verbindung mit §§ 14 ff. BNatSchG (Eingriffsregelung) die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1 a BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Die Inhalte des Umweltberichtes ergeben sich aus der Anlage 1 des BauGB (zu § 2 Abs. 4 und §§ 2 a und 4c BauGB).

Der vorliegende Umweltbericht (Vorentwurf Februar 2024) erfüllt teilweise nicht die formalen inhaltlichen und fachlichen Anforderungen gemäß Anlage 1 des BauGB.

Beispielsweise enthält die Einleitung keine Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über Standorte, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben (Nr. 1 a der Anlage 1 des BauGB).

Durch die Änderung des Bebauungsplanes wird eine bislang von einer Bebauungsmöglichkeit ausgenommene Schutzfläche unter einer Hochspannungsleitung durch den Rückbau derselben als zusätzliche Baufläche (Baufenster) ausgewiesen. Überschlägig kann eine Fläche von ca. $3.500 \text{ m}^2 + 8.800 \text{ m}^2 = 12.300 \text{ m}^2$ zusätzlich gegenüber den (zeichnerischen) Festsetzungen im Urplan bebaut werden. Bei einer Grundflächenzahl von 0,8 entspricht dies einer zusätzlichen Flächenversiegelung von ca. 9.840 m^2 . Dieser Sachverhalt sollte zumindest im Umweltbericht auch so kommuniziert werden.

Zwar waren die nunmehr für eine Bebauung zugänglichen Flächen bereits im Urplan mit als Gewerbegebiet ausgewiesen (daher keine zusätzliche Bilanzierung von Gewerbeflächen), jedoch durften diese Flächen ursprünglich nicht bebaut werden. Insofern sind hier Gewerbeflächen und bebaubare Flächen nicht gleichzusetzen. Die Darstellung des Umweltberichtes (Kap. 3.3, 3.4, 4), dass durch die (geänderten) Festsetzungen des BPl keine Neuversiegelung zulässig wird und sich kein Erfordernis zur Durchführung von Kompensationsmaßnahmen ergibt, ist dahingehend unrichtig.

Die Planänderung hat durch die Anpassung an aktuelle Gegebenheiten gegenüber dem Urplan zusätzliche Eingriffe in das Schutzgut Boden zur Folge. Beeinträchtigungen in das Schutzgut Boden sind grundsätzlich erheblich und kompensationspflichtig.

Mithin sollen die Beeinträchtigungen teilweise analog zum Urplan (Pflanzgebote 3 und 4 /neu 1 und 2) mit Einzelbaumpflanzungen kompensiert werden, wobei jedoch für den gesamten Änderungsgeltungsbereich das Pflanzgebot 2 des Urplanes (Heckenpflanzungen an Grenzen zwischen Privatgrundstücken) ersatzlos gestrichen werden soll.

Die ersatzlose Streichung des bisherigen Pflanzgebotes 2 (Eingrünung der GI- u. GE- Baugebiete bzw. Bauteilgebiete mit 2 m breitem Gehölzstreifen an den Seiten, die nicht an öffentliche Verkehrsflächen grenzen sowie Gestaltung der nicht bebaubaren Grundstücksflächen als private Grünflächen) mit der Begründung, dass es sich bei dieser Festsetzung lediglich um eine Gestaltungsmaßnahme ohne bodenrechtlichen Bezug handelt, ist für die uNB nicht nachvollziehbar und nicht akzeptabel.

Die Interpretation mit Bezug auf den Grünordnungsplan (GOP) zum Basis- Bebauungsplan ist nicht schlüssig, da dann alle Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Kataloges der sog. Sammelausgleichsmaßnahmen M1 – M7 „nur“ als Gestaltungsmaßnahmen anzusehen wären. Dies steht im Widerspruch zu den vorhergehenden Schutzgutbetrachtungen des GOP (hier: Arten- und Biotopschutz, Landschaftsbild). Gemäß Festsetzung III.3. des Basis- Bebauungsplans sind die Sammelausgleichsmaßnahmen heranzuziehen, wenn die Kompensation nicht auf den Eingriffsgrundstücken ausgeführt wird. Aus Sicht der uNB dient die Festsetzung des Pflanzgebotes 2 (Urplan) insbesondere der Vernetzung der „Grünzüge“ innerhalb des Plangebietes und der Abschirmung der Baugebiete bzw. Bauteilgebiete untereinander durch die Entwicklung von Heckenanpflanzungen. Zwar ist die Umsetzung bei der geplanten Grundstücksnutzung durch aktuell nur einen Vorhabenträger nur an der Grenze zum Flurstück 208 verpflichtend, sie sollte zur Sicherung der o.g. Funktionen für die dafür noch möglichen bzw. geeigneten Standorte festgesetzt bleiben. Gerade Heckenpflanzungen bilden hochwertige ökologische Habitate und Nistmöglichkeiten beispielsweise für Gebüschbrüter, deren Lebensräume zukünftig durch die mögliche Entnahme des Gehölzbestandes innerhalb der Baugrenzen entfallen werden.

Bei Wegfall des Pflanzgebotes 2 (Urplan) entfällt mithin generell die Verpflichtung zur Durchführung von Strauchanpflanzungen, d.h. dann sind nur Baumanpflanzungen im Plangebiet vorgesehen. Damit

ist die Eingriffskompensation durch entsprechende funktionelle Eingrünung des Planbereiches nur bedingt möglich.

Im Zusammenhang mit der geplanten Nutzung des Gebietes, die eine hohe Anzahl von Stellplatzanlagen nach sich ziehen wird, wird außerdem eine Konkretisierung der Festsetzung 2 (neu) hinsichtlich einer Durchgrünung insbesondere der PKW- Stellflächenbereiche (Parkplätze) für erforderlich gehalten.

Pflanzgebote 1 und 2 neu (Pflanzgebote 3 und 4 Urplan)

Bezüglich der neuen Pflanzgebote fehlt die Festsetzung der Baumschulqualität. Zur Vermeidung einer Verschlechterung der Ausgleichsbilanz ist die im Basis- Bebauungsplan festgesetzte Baumschulqualität zumindest in Form des Mindeststammumfangs von 14 cm zu übernehmen. Die Festsetzung der Baumschulqualität ist erforderlich, da die Pflanzungen insbesondere der Ein- bzw. Durchgrünung der Stellplatzanlagen dienen sollen (siehe Darstellungen des GOP zum Basis- Bebauungsplan) bzw. der Kompensationseffekt für die Flächenversiegelung zeitnah erfolgen muss.

Gemäß der Arbeitshilfe Bebauungsplanung des MIL Brandenburg sind für Bepflanzungen i. d. R. Mindeststandards festzusetzen, damit nicht aus Kostengründen zu kleine Bäume oder Sträucher gepflanzt werden, die auch mittelfristig keine städtebaulich wirksame Wuchshöhe erreichen. Der Verzicht auf die Festsetzung von Mindestbaumschulqualitäten (ist in Form von Stammumfängen möglich) kann durch die Verwendung zu geringer Baumschulqualitäten zur Verfehlung des Kompensationszieles führen.

Gehölzartenliste mit Hinweischarakter

Für Gehölzpflanzungen ist der Erlass zur Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur zu beachten, wonach u.a. bei allen Gehölzpflanzungen, die im Rahmen von Ersatzpflanzungen und von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 15 BNatSchG (Eingriffskompensation) vorgenommen werden, grundsätzlich Pflanzgut gebietsheimischer Gehölze zu verwenden ist.

weitere Hinweise:

Umweltbericht, Kap. 1.4.1: Der Standort des BPI befindet sich nicht wie dargestellt im Dahme-Seengebiet und auch nicht im Ostbrandenburgischen Heide- und Seengebiet, sondern in der Niederlausitz sowie im Luckau-Calauer-Becken (s. S. 8). Insofern sollten die abgeleiteten regionalen Anforderungen an den Naturschutz und die Landschaftsentwicklung überprüft werden.

Beleuchtung

Gemäß des zukünftigen § 41a Abs. 1 BNatSchG sind neu zu errichtende Beleuchtungen an Straßen und Wegen, Außenbeleuchtungen baulicher Anlagen und Grundstücke sowie beleuchtete oder lichtemittierende Werbeanlagen technisch und konstruktiv so anzubringen, mit Leuchtmitteln zu versehen und so zu betreiben, dass Tiere und Pflanzen wild lebender Arten vor nachteiligen Auswirkungen durch Lichtimmissionen geschützt sind. Entsprechende fachlich geeignete Vermeidungsmaßnahmen sind planerisch zu berücksichtigen.

Hierzu wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) verwiesen.

Vogelschlag

Gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wild lebende Tiere der besonders geschützten Arten (hier europäische Vogelarten) zu töten. Die Verwendung von für Vögel nicht wahrnehmbaren (z.B. Gehölzstrukturen reflektierende, spiegelnde o.a.) Glasflächen sowie die Schaffung von für Vögel ebenso nicht erkennbaren Verglasungen an Gebäudeeckbereichen (Durchsichtssituation), stellen durch die Anflug- und Anprallgefahr ein hohes Tötungsrisiko dar. Das betrifft in der Umgebung reproduzierende oder lebende, durchziehende und rastende Vögel. Das Gefährdungspotential ist im betreffenden Bereich durch die Nähe zu Gehölzstrukturen je nach Bauausführung als hoch zu betrachten.

§ 15 Abs. 1 BNatSchG verlangt vom Verursacher das Unterlassen vermeidbarer Beeinträchtigungen, wenn es zumutbare Alternativen gibt. Die Auswirkungen des Vogelschlags sind vermeidbar. Die drei

effektivsten Vermeidungsmaßnahmen sind Glasverzicht, halbtransparente Materialien und flächige Markierungen. Entsprechende fachlich geeignete Vermeidungsmaßnahmen sind planerisch zu berücksichtigen.

Bewährte Vermeidungsmaßnahmen und Lösungsansätze können der Veröffentlichung der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten „Vermeidung von Vogelverlusten an Glasscheiben“ (Download unter http://www.vogelschutzwarten.de/downloads/LAG%20VSW%2021-01_Bewertungsverfahren%20Vogelschlag%20Glas.pdf) entnommen werden.

Folgende Hinweise sollten in die Planzeichnung aufgenommen werden:

Gemäß § 39 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist es verboten, Bäume und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden.

Gemäß § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist sicherzustellen, dass Vögel, Reptilien und andere unter die Zugriffsverbote fallende Arten nicht beeinträchtigt werden. Sofern eine Befreiung von diesem Verbot erforderlich ist, ist diese bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zu beantragen. Zur Vermeidung arten- und biotopschutzrechtlicher Konflikte kann die Befreiung verbunden werden mit der Beauftragung einer ökologischen Baubegleitung.

untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (uAWBB)

keine Hinweise

Mit freundlichem Gruß

im Auftrag



Weinreich
Amtsleiter

Anlage: - Fundstellen zitierter Rechtsvorschriften

Verteiler:

- Planungsbüro mks
- Stadt Lübbenau/Spreewald
- GL 5
- z. d. A.

Denkmalschutz

- Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 215) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.06.2023 (GVBl. I/23, Nr. 16)

Verkehrswesen

- Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vom 6. März 2013 (BGBl. I S. 367), zuletzt geändert durch Artikel 11 der Verordnung vom 20. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 199)
- Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. I Nr. 37)

Jagdrecht

- Jagdgesetz für das Land Brandenburg (BbgJagdG) vom 09. Oktober 2003 (GVBl. I S. 250), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Februar 2023 (GVBl. I Nr. 1)

Bauaufsicht/Kreisplanung

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. I Nr. 394)
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
- Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.11.2018 (GVBl. I Nr. 39) geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 28.09.2023 (GVBl. I Nr. 18)

Naturschutzrecht

- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 15. Mai 2024 (BGBl. I Nr. 153)
- Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I Nr. 9)
- Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. Juli 2021 (GVBl. II Nr. 71)
- Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258, ber. S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95)
- Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Vogelschutzrichtlinie) vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. 2010 L 20 S. 7), zuletzt geändert durch Artikel 5 der Verordnung (EU) 2019/1010 vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 S. 115)
- Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur vom 2. Dezember 2019 (ABl. 2020 Nr. 9 S. 203)
- Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung, Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg April 2009 (HVE, <https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handlungsanleitung-Vollzug-Eingriffsregelung.pdf>)
- Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29. April 2019 (GVBl. II Nr. 35)
- Verordnung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zum Schutz von Bäumen und Hecken (Gehölzschutzverordnung - GehölzSchVO LK OSL) vom 12. September 2013 (ABl. LK OSL Nr. 11 S. 12), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. Dezember 2018 (ABl. LK OSL Nr. 21 S. 35)
- Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 (ABl. S. 691), geändert durch Erlass vom 17. September 2021 (ABl. S. 779)

